

ANTRÄGE

1) Beleuchtung von Spazier- und Laufstrecken

GR. **Pogner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meinem Antrag geht es diesmal wieder einmal um die Beleuchtung von Spazier- und Laufstrecken, die vor allem entlang der Mur von der Stadt Graz ausgewiesen sind, und diese Spazier- und Laufstrecken sind teilweise nicht beziehungsweise nur sehr schlecht beleuchtet und da gibt es einen Vorschlag vom Kollegen Molnar, die auch mit Solarbeleuchtungen auszurüsten, und daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, dass die von der Stadt gekennzeichneten Spazier- und Laufstrecken, im Speziellen entlang der Mur, zur Gänze mit Beleuchtungskörpern, vorzugsweise mit Solar-Laternen, ausgestattet werden. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Graz hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Überall wurden Baumaßnahmen durchgeführt, die Stadt ist moderner und architektonisch attraktiver geworden. Ohne Zweifel profitiert der Tourismus von dieser Veränderung.

Eine kleine Innovation, die ich schon mehrere Male angeregt habe, ist die Beleuchtung von Spazier- und Laufstrecken. Zu einer gut ausgestatteten Spazier- und Laufstrecke gehört auch ausreichend Licht, damit einerseits Sportverletzungen vermieden werden und andererseits das Sicherheitsbedürfnis der Menschen verbessert werden kann. Denn Licht trägt erheblich zum Sicherheitsgefühl bei.

Dadurch werden wahrscheinlich nicht mehr Touristen Graz besuchen, aber unsere Bürgerinnen und Bürger würden sich in den Abendstunden auf unseren

gekennzeichneten Laufstrecken wesentlich sicherer fühlen und die Benutzer dieser Strecken müssten sich nach Einbruch der Dämmerung nicht mehr nur gänzlich auf ihren Tastsinn verlassen.

In Beantwortung einer meiner diesbezüglichen Anfragen hieß es, dass die Umsetzung – vor allem des rechtsseitigen Abschnittes entlang der Mur zwischen dem Puchsteg und der Puntigamer Brücke – im nächsten Ausbauprogramm vorgesehen wäre.

Wie bereits erwähnt, hat sich in Graz viel verändert, aber diese baulich geringe Maßnahme wurde bis dato noch nicht umgesetzt.

Ich weise abermals auf einen Antrag von GR Molnar aus März 2009 hin, in welchem er Solar-Laternen von steirischen Unternehmen, um Stromkosten und Kabelverlegungsarbeiten zu vermeiden, vorgeschlagen hat.

Die Stadt hat einige gekennzeichnete Laufstrecken, wo Teile der ausgewiesenen Laufstrecken nicht beleuchtet sind. Es ist wichtig, dass Laufstrecken, die von der Stadt als solche gekennzeichnet sind, durchgehend beleuchtet werden.

Namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, dass die von der Stadt gekennzeichneten Spazier- und Laufstrecken (im Speziellen entlang der Mur) zur Gänze mit Beleuchtungskörpern (vorzugsweise mit Solar-Laternen) ausgestattet werden.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) **Petition gegen die geplante nationale Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung**

GR. **Mayr** stellt namens von ÖVP, SPÖ, Grünen, KPÖ, FPÖ, BZÖ und GR. Mag. Mariacher folgenden Antrag:

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich einmal herzlich bei allen Klubs für die Unterstützung des Antrages oder für die Formulierung des gemeinsamen Antrages. Die EU-Richtlinie über die Vorratsdatenspeicherung ist kurz einmal formuliert, gelinde gesagt, ein Unfug. Es gibt auch auf europäischer Ebene entsprechenden Widerspruch, es gibt einige Länder, die versucht haben und nach wie vor versuchen, das auf rechtlicher Ebene zu bekämpfen, es gibt einige Länder, die versuchen, die Umsetzung im nationalen Recht hinauszuschieben. Vielleicht mit entsprechender politischer Zivilcourage unserer Bundesregierung wäre das auch eine Option. In meinem Antrag geht es aber im Wesentlichen jetzt einmal darum, sollte die Umsetzung der Richtlinie unvermeidbar sein, dass sie auf einem absoluten Mindestmaß umgesetzt wird. Der Datenschutzrat unter anderem, die Datenschutzkommission, aber viele andere Einrichtungen, auch NGOs, haben ihre Bedenken entsprechend formuliert. Es geht um die Nützlichkeit der Richtlinie an sich, es geht um die Zugangskosten, es geht um das Missbrauchs- und Irrtumsrisiko, es geht darum, dass das Ziel der Richtlinie, nämlich die Bekämpfung von Terrorismus, damit wahrscheinlich nicht verbessert werden kann, die Datenübermittlung an Strafverfolgungsbehörden darf grundsätzlich nur auf richterliche Anordnung erfolgen etc. Das Ganze soll also eine Petition an die Bundesregierung beziehungsweise auch an den Nationalrat sein (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), wo das Stück jetzt liegt, um entsprechend sozusagen eine Minimalumsetzung zu erreichen (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Petition an die Bundesregierung und den Nationalrat gegen die geplante nationale Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung

Gegen die EU-Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsspeicherung von Daten sprechen viele Argumente:

- Die Unverhältnismäßigkeit zwischen den zu erwartenden Ergebnissen bei der Terrorbekämpfung (dem postulierten Ziel der Richtlinie) und den damit verbundenen Einschränkungen der Grundrechte (im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention etc.),
- das enorme inhärente Missbrauchs- und Irrtumsrisiko
- sowie die hohen Kosten der Umsetzung im Verhältnis zu den permanenten Sparmaßnahmen bei den Sicherheitsorganen.

Internationale Erfahrungen in Ländern mit Vorratsdatenspeicherung (aber auch in Österreich bei älteren Maßnahmen wie dem "großen Lauschangriff") ergaben, dass derartige Maßnahmen weder von Straftaten abschreckten, noch den Anteil der aufgeklärten Straftaten oder deren Prävention erhöhten. Wie evident das Missbrauchsrisiko derartiger Maßnahmen ist, zeigen gerade die jüngsten Fälle von schwerem Datenmissbrauch in Österreich. Es ist grotesk, wie staatliche Stellen weltweit Phänomene wie WikiLeaks kritisieren und durch die staatliche Datenanhäufung und den fehlenden Missbrauchsschutz aber selbst deren Entstehung geradezu provozieren. Dass die Auswertungstechniken dieser enormen präventiv- und überwachungsstaatlichen Datensammlung mit den kriminellen Umgehungstechniken Schritt halten können, ist nicht zu erwarten, somit würde in hohem Ausmaß Steuergeld verschwendet, das den Sicherheitsorganen andererseits fehlt, um das alltägliche tatsächliche und gefühlte Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung zu erhöhen.

In manchen Ländern gab es verfassungsgerichtliche Urteile gegen die jeweilige nationalgesetzliche Umsetzung (z.B. Deutschland, Rumänien, etc.), andere EU-Mitglieder verschieben die Umsetzung der Richtlinie oder bekämpfen diese (Irland,

Schweden, Luxemburg etc.). Auch in Österreich würde sie bestehenden Gesetzen, u.a. zum Datenschutz widersprechen.

Mit diesem Hintergrund und der massiven Kritik in vielen Ländern der EU wäre es gerechtfertigt, die Evaluierung der Richtlinie auf europäischer Ebene in diesem Jahr sowie die Urteile des Europäischen Gerichtshofes in den anstehenden Verfahren abzuwarten und eine nationalgesetzliche Umsetzung zu verschieben.

Sollte eine Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht unvermeidlich sein, ist, wie nach Ansicht des Vorsitzenden des Datenschutzrates, "der nationale Gestaltungsspielraum voll auszunutzen, wobei die datenschutzrechtlichen Grundsätze der Zweckbindung und der Verhältnismäßigkeit einzuhalten sind. Um Grundrechtsbeeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten, unüberschaubare Datenfluten und massive Zugangskosten zu vermeiden, darf sich Österreich bei der Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung nur am Anlass und Zweck der Richtlinie (schwere Straftaten, d.h. Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität) und den EU-rechtlich vorgesehenen Speicheruntergrenzen orientieren. Die Datenübermittlung an Strafverfolgungsbehörden darf grundsätzlich nur auf richterliche Anordnung erfolgen (Richtervorbehalt), wobei auch die Kostenfrage zu lösen ist. Für einen Missbrauch dieser Vorratsdaten sind überdies wirksame und abschreckende Sanktionen vorzusehen. Über die Anwendung der Vorratsdatenspeicherung ist dem Parlament ein jährlicher Bericht vorzulegen."

Alle im Gemeinderat der Stadt Graz vertretenen Fraktionen stellen daher den

A n t r a g ,

dass die Stadt Graz die Bundesregierung und den Nationalrat auffordert, bei der geplanten nationalen Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung die Forderungen des Datenschutzrates, insbesondere jene in der anhängten Information

des Vorsitzenden des Datenschutrates
(<http://diepresse.com/files/kritikdatenschutzrat.pdf>), vollinhaltlich zu erfüllen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Straßensanierung des Murradweges zwischen der Seifenfabrik und dem Puchsteg auf Höhe des Grünangers (linkes Murufer) in Graz-Liebenau

GR. Mag. **Kvas** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Kvas**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe vor einem Jahr einen Antrag gestellt, dass am Grünanger in Liebenau der Murradweg arge Frostschäden aufweist, ich habe dann ein Schreiben im Juni erhalten, dass das Straßenamt diese Schäden beseitigt bis Ende Juli 2010, heute haben wir März 2011, diese sind noch immer nicht erledigt beziehungsweise es ist überhaupt nichts gemacht worden, außer das ein Straßenschild aufgestellt worden ist. Darum den Antrag jetzt, jetzt ist wirklich Gefahr im Verzug. Ich stelle daher im Namen der ÖVP-Gemeinderatsclubs den Antrag, der Gemeinderat der Stadt Graz wolle an die Holding Graz herantreten, damit umgehend die am Murradweg in Graz-Liebenau, linkes Murufer, im Bereich des Grünangers auf der Höhe der öffentlichen Tennisplätze beziehungsweise des öffentlichen Fußballplatzes entstandenen Asphaltfrostschäden beseitigt werden. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Der strenge Winter 2009/2010 hat auf vielen Grazer Plätzen sowie Straßen seine

Spuren hinterlassen, so unter anderem auch auf den Straßen entlang des Murradweges in Graz. Vor allen im Bereich Grünanger in Graz-Liebenau (linkes Murufer) auf der Höhe der öffentlichen Tennisplätze bzw. des öffentlichen Fußballplatzes wurde der Asphalt des Murradweges aufgrund von Frostschäden bereits im März 2010 schwer in Mitleidenschaft gezogen. Ich habe deshalb in der Gemeinderatssitzung vom 25.3.2010 – also vor zirka einem Jahr - einen Antrag im Gemeinderat mit dem Ersuchen eingebracht, dass die Wirtschaftsbetriebe beauftragt werden mögen, umgehend die im Bereich des Murradweges zwischen Seifenfabrik und dem Puchsteg (linkes Murufer) entstandenen Asphaltfrostschäden zu sanieren, damit in Hinkunft keine potentielle Unfallgefahr – und damit einhergehende Sachschäden sowie Verletzungen bzw. Lebensgefahr für Leib wie auch Leben – mehr für RadfahrerInnen in diesem Murradwegabschnitt ausgehen.

In einem Schreiben vom 22.6.2010 wurde von den zu Bgm.-Stvin. Lisa Rücker ressortierenden Wirtschaftsbetrieben der Stadt Graz mitgeteilt, dass der südliche Bereich von der Seifenfabrik im deren Kompetenzbereich liegt und an einer Sanierungslösung dieses Murradwegbereiches gearbeitet wird. Seitens der Wirtschaftsbetriebe ist die Fertigstellung der Sanierung bis Juli 2010 geplant (Schreiben vom 22.6.2010).

Seit meiner Antragstellung im Gemeinderat im März 2010 ist in diesem Bereich, lediglich ein mobiles Verkehrsschild mit der Aufschrift „Achtung Frostschäden“ aufgestellt worden. Darüber hinaus wurde bisher keine einzige öffentlich sichtbare Handlung von Seiten der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz gesetzt, um eine Sanierung des Fahrbahnbelages voranzutreiben und damit eine eventuelle Gesundheitsbeeinträchtigung durch einen Unfall (Verletzungs- bzw. Lebensgefahr für Radfahrer bzw. Läufer oder Fußgänger) hintanzuhalten.

Das bisherige Unterlassen der Sanierung des Asphaltes seit zirka einem Jahr hat jetzt zur Folge, dass – aufgrund eines neuerlichen strengen Winters samt Regen, Schnee

und Frost – sich die Fahrbahn des Murradweges im genannten Bereich in einem extrem desolaten Zustand (starke Risse, extreme Fahrbahnerhebungen bzw. Fahrbahnvertiefungen) befindet.

Nunmehr sind die Fahrbahnbelagsschäden im erwähnten Bereich so gravierend, dass für die Benutzer (Radfahrer, Läufer, Fußgänger) eine extrem hohe Unfallgefahr bzw. Sturzgefahr (Überknöcheln von Läufern bzw. Fußgängern, Sturzgefahr von Fahrradfahrern) besteht.

Ich stelle daher im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle an die Holding Graz herantreten, damit umgehend die am Murradweg in Graz-Liebenau (linkes Murofer) im Bereich des Grünangers auf der Höhe der öffentlichen Tennisplätze bzw. des öffentlichen Fußballplatzes entstandenen Asphaltfrostschäden beseitigt werden.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Taxi-Standplätze in Graz nur für Taxis mit Euro-Abgasklasse 4

GR. Mag. **Kowald** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Schutz unserer Umwelt und die Reduktion der Emissionen unseres täglichen Straßenverkehrs sind eines der wichtigsten Anliegen im Moment.

500 bis 800 Taxis sind pro Stunde rund um die Uhr in Graz unterwegs. Taxis sind auch sehr wichtig für viele Teile unserer Gesellschaft. Taxis sind auch so etwas wie ein Aushängeschild unserer Stadt, denn man merkt sich nicht nur, wie man behandelt wurde, sondern auch in welchem Fahrzeug man gesessen ist. Die Anzahl an Taxis und Menschen, die ihr Glück im Taxigeschäft versuchen, hat in den letzten 15 Jahren explosiv zugenommen.

Wir haben verständlicherweise viel zu wenige Taxi-Standplätze, sodass wir aufgefordert sind, regulativ einzugreifen. Durch unsere Gewerbeordnung und EU-Grundsätze sind wir an diverse Vorgaben gebunden. Die Umwelt in unserer Stadt sollte aber unsere Sache sein, genauso wie das Recht zu bestimmen, wer auf unseren Taxi-Standplätzen stehen bleibt.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g :

Die Stadt wird ersucht, im Umwelt- und Straßenamt prüfen zu lassen, ob Möglichkeiten bestehen, dass unsere Taxi-Standplätze ab dem Jahr 2012 nur mehr von Taxis mit Euro-Abgasklasse 4 oder besser angefahren werden dürfen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen

5) Medienkompetenztraining als fixer Bestandteil im Pflichtschulunterricht

GRin. Mag.^a **Ennemoser** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der kompetente Umgang mit dem Internet ist zur Voraussetzung für Erfolg am Arbeitsmarkt sowie für die Teilnahme an der Wissensgesellschaft geworden. Immer mehr Schulen stellen sich dieser Herausforderung und fördern gezielt den Einsatz digitaler Medien im Unterricht.

In der Freizeit ist die Nutzung von Facebook & Co für Jugendliche bereits selbstverständlich. Aber auch an Österreichs Schulen spielen soziale Netzwerke zunehmend eine größere Rolle. Lehrende setzen digitale Medien immer häufiger als modernes Unterrichtsmittel ein und diskutieren vermehrt die sichere Nutzung des Internets in Österreichs Klassenzimmern. Trotzdem herrscht nach wie vor großer Informationsbedarf.

Saferinternet.at (eine vom Bund geförderte Plattform) hat 675 Lehrende zu ihren Erfahrungen mit Internetsicherheit und Medienkompetenz in der Schule befragt. Beim Schutz der Privatsphäre besteht laut 91 Prozent der befragten Pädagogen der größte Aufklärungsbedarf unter Österreichs Schülern. Jugendliche können die Folgen einer allzu freizügigen Preisgabe privater Daten oft nur schwer einschätzen. Belästigungen im Internet (75%) sowie Urheberrechte und Plagiate (74%) liegen laut den befragten Lehrenden an zweiter und dritter Stelle der häufigsten Informationsdefizite bei den Jugendlichen. Das Internet ist zur beliebtesten Recherche-Quelle für Hausaufgaben und Referate geworden. Sechs von zehn Lehrenden (62%) geben jedoch an, dass die Schüler Lernbedarf bei der kritischen Beurteilung der Glaubwürdigkeit von Online-Inhalten haben. Das Spektrum reicht von der Frage „wahr oder falsch?“ über das richtige Einschätzen von Online-Bekanntschaften bis hin zum Erkennen versteckter Online-Werbung.

Vor allem die traurigen Fälle von Cyber-Mobbing bis hin zum Suizid sollten Anlass geben; auch nach der großen Diskussion Taten folgen lassen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat ersucht über den Petitionsweg den Bundesgesetzgeber, die bereits begonnene Aufklärungskampagne zum Thema „safer Internet“ als Medienkompetenztraining im Lehrplan aller Pflichtschulen zu verankern.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Änderung der Erläuterung des Pflichtschulerhaltungsgesetz zur Unterstützung von Kindern mit Autismus Spektrum

GR. Hohensinner stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Gemäß §35a Steiermärkisches Pflichtschulerhaltungsgesetz werden Pflege- und Hilfspersonal im Rahmen des Unterrichts lediglich für pflegerisch-körperliche Tätigkeiten zur Verfügung gestellt. Ziel dieser Bestimmung ist es, körperliche Defizite auszugleichen. Die Bereitstellung von Personal zum Ausgleich von Wahrnehmungsstörungen wird seitens des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung abgelehnt.

Obwohl es Aufgabe des Schulerhalters wäre, auch Kindern mit Autismus einen gesetzlich verankerten und verpflichtenden Schulbesuch zu ermöglichen, werden betroffene Eltern und betroffene Kinder an die Bezirkshauptmannschaften zur Antragstellung nach dem Steiermärkischen Behindertengesetz geschickt. Auch hier sieht das zuständige Amt der Steiermärkischen Landesregierung keinen Spielraum, diese Kosten zu übernehmen.

Übrig bleiben autistische Kinder mit genügend Potential, um die Schule abzuschließen, aber ohne echte Chance, dies überhaupt erst zu versuchen.

Übrig bleiben Eltern, die in letzter Konsequenz ihre Kinder auswärts in eine Sonderschule schicken müssen.

Übrig bleiben LehrerInnen, die versuchen müssen, einen Unterricht abzuhalten, der oftmals durch störendes Verhalten eines überforderten und überlasteten Kindes mit Autismus gestört wird und übrig bleiben letztlich auch die Mitschüler, die wie alle Kinder ein Recht auf einen ungestörten Unterricht haben.

Gibt es eine solche Unterstützung nicht, kann man sich als Vater und als Mutter darauf einstellen, dass täglich der Anruf von der Schule kommt, den Sohn/die Tochter doch abzuholen, da es verständlicherweise nicht möglich ist, unter diesen Bedingungen einen Unterricht zu gestalten. Es droht dadurch die Unbeschulbarkeit des Kindes oder möglicherweise die Abschiebung in eine Sonderschule nach Graz. Weiters gilt es zu bedenken, wie viele Kinder mit Autismus durch die mangelnde Unterstützung während der Schulzeit in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe landen und trotz einer ausreichenden Begabung nicht in die Gesellschaft integriert sind. Ohne Unterstützung im Bereich der Schule werden Kinder wie Markus erst „behindert gemacht“. Neben der persönlichen Tragödie des Kindes und der Familie entstehen auch dem Sozialhilfeverband Folgekosten, die weit höher sind als es eine Assistenz in der Schule während der Pflichtschule wäre.

Durch die Erweiterung der Pflege- und Hilfspersonen auch für Kinder mit Autismus und deren sozialen Hilfebedarfs in den Erläuterungen zu §35a Steiermärkisches

Pflichtschulgesetz könnte die derzeitige Situation autistischer Kinder in öffentlichen Pflichtschulen im Allgemeinen leicht gelöst werden.

Die Zahl der Kinder mit Autismus im Pflichtschulbereich ist relativ klein, lediglich ein geringer Prozentsatz dieser Kinder braucht eine intensive Betreuung in der Schule. Die Kosten für diese Unterstützung wären daher durchaus überschaubar und würden in weitere Folge auch Kosten sparen, da diese Kinder bei früh einsetzender Unterstützung ihr Leben selbstständig und ohne intensive Hilfe gut meistern können.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat tritt mit folgender Petition an den Landesgesetzgeber heran: Die Erläuterungen zu §35a des Steiermärkischen Pflichtschulgesetzes sollen - wie im Motivenbericht ausgeführt - abgeändert werden, um auch Kindern mit Autismus die notwendige Unterstützung im Rahmen der Pflege- und Hilfsbetreuung zu gewährleisten.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Variobahn/BürgerInnen-Hearing

GRin. Mag.^a **Bauer** stellt folgenden Antrag:

GRin. Mag.^a **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich nehme jetzt einmal vorweg, dass das Hearing, also ich habe es öffentliches BürgerInnen-Hearing genannt, dass die Kritikpunkte seines der Bürgerinnen und Bürger, die bei der Variobahn auftreten, einerseits gesammelt werden und ich möchte es dahingehend kritisieren, dass dies vor dem Stadtrechnungshofbericht, also vor der Fertigstellung des Stadtrechnungshofberichtes, stattfindet, sodass in unseren laufenden Prüfbericht Kritikpunkte mitaufgenommen werden können und ich bitte, das auch bald stattfinden zu lassen, damit eben genau die Verhandlungen oder Grundlagen vielleicht auch zu Tage für die Verhandlungen der Graz-Holding mit den Variobahn-Produzenten. Also diese Konkretisierung liegt mir am Herzen und das ist der Inhalt meines Antrages, auch wenn er nicht wortgetreu vorgetragen, so wie es geschrieben ist (*Applaus SPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Probleme mit der und rund um die Variobahn sorgen seit Wochen nicht nur für intensiven Gesprächsstoff, sondern sind auch Anlass von Gesprächen zwischen Hersteller und der Graz Holding. Vor allem betreffend Lärm und Vibrationen sorgt die mittlerweile wenig liebevoll als „Donnervogel“ titulierte Straßenbahn für Verärgerung: So klagen AnrainerInnen, die entlang der Tramlinie wohnen, sogar darüber, dass seit Einsatz dieser Straßenbahn an Haus- und Wohnungswänden Risse entstanden wären; BenutzerInnen der Variobahn haben wiederum die Erfahrung gemacht, dass aufgrund des sehr unruhigen Fahrstils ein Stehen in dieser Straßenbahn einem Balanceakt gleichkommt.

Als umso wichtiger hat es sich erwiesen, dass von Seiten der SPÖ bereits vor exakt einem Monat der Stadtrechnungshof unter anderem betreffend Lärm und Erschütterungsvibrationen um eine Prüfung ersucht wurde, stellen sich ja etliche Fragen wie, inwieweit dieser Themenkreis in Ausschreibung und Bestellung einbezogen wurde, ob Nachjustierungen überhaupt technisch machbar sind, woran

Experten ja teilweise zweifeln, wer die Kosten für nachträgliche Adaptierungen hat und wie weit die Haftung für diese Probleme vertraglich fixiert wurde.

Nun wissen wir, dass der Stadtrechnungshof in dieser Angelegenheit auch bereits intensiv tätig ist; von Vorteil und arbeitserleichternd wäre aber auch, dass die angeführten Erfahrungen der AnrainerInnen und BenutzerInnen der Variobahn in diese Arbeit miteinbezogen würden. Was etwa in Form eines BürgerInnen-Hearings erfolgen könnte: Dies auch deshalb, da die Grazerinnen und Grazer, die AnrainerInnen, die NutzerInnen mit der Variobahn in Zukunft „leben“ müssen und daher von vornherein so viele Kritikpunkte wie möglich beseitigt bzw. ausgeräumt werden sollten: sowohl im Interesse der Stadt und der Linien Graz als auch im Interesse des Produzenten.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen mögen umgehend veranlasst werden, gemäß Motivenbericht zu einem öffentlichen „BürgerInnen-Hearing“ betreffend Probleme mit der Variobahn einzuladen, bei dem AnrainerInnen wie auch BenutzerInnen der Variobahn ihre Kritikpunkte bekanntgeben können, damit diese in weiterer Folge in den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes und in die Verhandlungen zwischen Graz Holding und dem Variobahn-Produzenten einfließen können.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wird geschäftsordnungsgemäß erledigt mit einer Anmerkung: Es war das erste Mal, dass der Bundesrechnungshof in einer so großen Geschwindigkeit damals da war, um die Vergabe dieser Variobahnen zu prüfen, das heißt, doppelt geprüft wird zum Schluss drunter stehen, also der Bundesrechnungshof hat es

geprüft, jetzt prüft noch einmal der Stadtrechnungshof. Wir sollten uns darauf konzentrieren, dass die Straßenbahnen nicht zu laut sind und sollten nur die Frage stellen, wie man damit umgeht und ob es eine Art Zurücktreten gibt, und das müssen wir einmal sehen. Aber wir werden das miteinbauen und möglichst schnell, auch von Seiten der Graz-Linien, auch einfordern.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Erinnerungskultur: Würdigung von Kriegsdeserteuren durch öffentliche Gedenkstätten, erneuter Antrag auf verstärkte öffentliche Würdigung

GRin. Mag.^a **Grabe** stellt folgenden Antrag:

GRin. Mag.^a **Grabe**: Ich werde nur einen Teil von dem Antrag hier vortragen, denn er liegt schriftlich vor und ist auch im Jahr 2009 schon einmal eingereicht worden. Es geht konkret um die Erinnerungskultur zum Thema Kriegsdeserteure. Am 4. April 1945 wurden ja auf der Grazer Ries sieben junge Männer, die aufgrund ihrer Verweigerung des Waffendienstes, also wurden aufgrund ihrer Verweigerung des Waffendienstes hingerichtet und dank auch kommunistischer Initiativen gibt es dort ja schon, wurde dort vor Jahrzehnten ein Denkmal angebracht, ein Denkmal errichtet und mein Antrag zielt darauf hin, dass die Stadt Graz sich öffentlich auch stärker um diese Erinnerungskultur bemüht. Einerseits in einer stärkeren Präsenz beim Gedenktag, jeweils am 4. April, einige Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, also speziell jetzt von KPÖ, Grünen, teilweise auch von den Sozialdemokraten sind ja regelmäßig dort, aber es wäre wünschenswert, dass es wirklich ein deutliches Zeichen der Stadt gibt, eventuell auch der

Stadtregerungsebene wieder und das gleichzeitig auch Aktivitäten gesetzt werden, um diese Würdigung von Deserteuren, vielleicht auch einmal mit einer Gedenkstätte zentraler, die öffentlich zugänglicher ist, oder die leichter gesehen wird, dass diese Gedenken unterstützt werden. Danke (*Applaus Grüne*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Bereits im September 2009 wurde von mir im Namen der Grazer Grünen – ALG ein Antrag eingebracht

- zur Würdigung der Grazer Gedenkstätte für Deserteure durch die Stadt Graz in Form von öffentlicher Kranzniederlegung, Information und Gedenkaufruf in den Medien der Stadt Graz (Website, BIG),
- zur weiteren Unterstützung der Gedenkveranstaltungen am 4. April 2009 auf der Ries,
- zur Förderung von Projekten, die dem Gedenken hingerichteter und verfolgter Deserteure dienen,
- zur Einbeziehung der Würdigung von Deserteuren im Rahmen der Grazer Straßennamen-Umbenennungsprojekte,
- zur Errichtung weiterer Deserteur-Denkmalen im Grazer Raum sowie
- für die regelmäßige Pflege des Denkmals auf der Ries.

Umgesetzt wurden meiner Kenntnis nach von diesen Punkten nur sehr wenige, nämlich – neben der persönlichen Teilnahme an Gedenkveranstaltungen einzelner Stadt- und GemeinderätInnen und BezirksaktivistInnen von KPÖ, SPÖ und GRÜNEN sowie des Landtagsabgeordneten Eduard Hamedl – von *offizieller* städtischer Seite lediglich eine jährliche Kranz-Spende und die Zusicherung des Kulturamtes, dass bei allfälliger Beschädigung des Denkmals und Information an das Amt entsprechende Restaurierungsmaßnahmen ergriffen werden.

So löblich das Letztgenannte ist, viel an *öffentlicher städtischer* Ehrung ist das nicht, und daher stelle ich den erwähnten Antrag, angepasst auf die aktuelle Jahreszahl,

hiermit gleich lautend noch einmal mit der dringenden Bitte um intensivere Berücksichtigung der darin enthaltenen Anliegen:

Denkmäler sind politische Symbole, die an etwas oder jemanden erinnern sollen – und mit dieser Erinnerung ist meist auch – durch die notwendige Konzentration auf ein Erinnerungsthema – eine selektive Wahrnehmung verbunden. Daher werden manche Denkmäler oft erst nach heftigen Auseinandersetzungen errichtet oder sie sind und bleiben umstritten. Um diese selektive Wahrnehmung zu unterstreichen: In Österreich existieren zwar in jeder Gemeinde so genannte „Kriegerdenkmäler“, aber „Deserteurdenkmäler“ fehlen meistens.

„Die Erinnerungskultur einer Gesellschaft bildet einen Zusammenhang mit den moralischen Grundlagen einer Gesellschaft. Sie bringt demnach zum Ausdruck, welche ethischen Leitvorstellungen in einer Gemeinschaft, in einer Nation als verbindlich erachtet werden. Die Art und Weise, in der Gruppen oder Gesellschaften mit ihren Vergangenheiten umgehen, macht zweifellos einen wesentlichen Teil ihrer Kultur aus.

Die Grazer Historikerin Heidemarie Uhl, die sich in den letzten Jahren intensiv mit der österreichischen Denkmalkultur auseinandergesetzt hat, zeigt in ihren zahlreichen Arbeiten auf, dass Denkmalsetzungen in erster Linie eine Frage der gesellschaftlichen Hierarchien und Machtverhältnisse sind. In Hinblick auf Kriegerdenkmäler stellt sie die Leitfrage, 'warum Kriegerdenkmäler wie selbstverständlich in die dörfliche und kleinstädtische Gedächtnis- und Erinnerungslandschaft integriert sind, während die Gedenkstätten für den österreichischen Freiheitskampf und die Opfer der NS-Gewaltherrschaft außerhalb der urbanen Zentren nur in wenigen Bereichen Fuß fassen konnten.'

Kriegerdenkmäler wirken dabei in zweierlei Hinsicht: Sie dienen als Ort und Ausdruck der Trauer an die Kriegstoten und als Interpretation und versuchte Sinnstiftung für das gewaltsame Geschehen, dem sie zum Opfer gefallen sind. Die Interpretation allerdings kann sich im Laufe der Zeit ändern: Das Sterben für 'Gott, Kaiser und

Vaterland' oder 'den Führer' sollte heute jedenfalls ein kritisches Nachdenken und Reflektieren auslösen (Werner Bundschuh: Noch fehlen „Deserteurdenkmäler“...KULTUR, 22. Jg, Nr. 8, Okt. 2007, S. 46-49 und <http://www.malingesellschaft.at/texte/bundschuh-deserteurdenkmaeler.htm>).

Wie allgemein bekannt sein dürfte, gibt es auf der Grazer Ries ein bemerkenswertes Denkmal für Deserteure – nämlich für jene sieben jungen Männer, die auf Grund ihrer Verweigerung des Waffendienstes für ein verbrecherisches Regime kurz vor Kriegsende am 4. April 1945 auf der Grazer Ries hingerichtet worden sind. Zweiundsiebzig Jahre nach Kriegsbeginn sollte auch eine Würdigung dieser Form des Widerstandes und der Grazer Desertations-Opfer erneut und verstärkt ein Anliegen des Grazer Gemeinderats sein – speziell in einer deklarierten Stadt der Menschenrechte.

Daher stelle ich im Namen des grünen Gemeinderatsklubs den

Antrag:

Der Gemeinderat wolle diesem Gedenken und dieser Würdigung auch in den kommenden Jahren Ausdruck verleihen durch:

1. öffentliche Würdigung der Grazer Gedenkstätte für Deserteure durch die Stadt Graz in Form von öffentlicher Kranzniederlegung, Information und Gedenkaufruf in den Medien der Stadt Graz (Website, BIG) und ähnlichen Maßnahmen, wie es ja auch bisher schon von Teilen des Gemeinderats bzw. der Stadtregierung durchgeführt worden ist,
2. Unterstützung der Gedenkveranstaltungen am 4. April 2011 auf der Ries, das vor Jahrzehnten auf Initiative des Knittelfelder Kommunisten Leopold Pacher errichtet wurde und vermutlich weltweit das erste Denkmal ist, das Deserteuren gewidmet wurde, d.h. auch mit persönlicher Präsenz einer

offiziellen VertreterIn der Stadt Graz,

3. Förderung von Projekten, die dem Gedenken hingerichteter und verfolgter Deserteure dienen, wie etwa der Projekte der Gruppe "Zündschnüre" und des ehemaligen Grazer Kinderbeauftragten Hans Fraeulin und anderer Projekte auf diesem Gebiet,
4. Einbeziehung der Würdigung von Deserteuren im Rahmen der Grazer Straßennamen-Umbenennungsprojekte,
5. Planungen zur Errichtung weiterer Deserteure-Gedenkstätten im Grazer Raum (bevorzugt möglichst zentrumsnahe, d.h., für eine Allgemeinheit auch täglich sichtbar) sowie
6. weiterhin Sorge für die regelmäßige Pflege des Denkmals auf der Ries.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Einführung eines Veggietags für Graz

GRin. **Jahn** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Jahn**: In meinem Antrag geht es um die Einführung eines Veggietags für Graz. Das ist eine Initiative, die auf Freiwilligkeit beruht...

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Jahn:** Ja, natürlich, keine Sorge, die im Sinne einer Sensibilisierungskampagne darauf abzielt, auch das fleischlose Essen verstärkt zu fördern. Wie wir alle wissen, ist die Idee, die dahinter steckt, dass eben Fleischproduktion sehr viel CO₂-Ausstoß produziert, wir kennen das alle, große Rinderherden, Regenwald, der abgeholzt wird, um Weideland herzustellen, Sojaproduktion etc. Insgesamt sind es 18 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes, der darauf beruht, dass wir übermäßige Fleischproduktion und Fleischkonsumation haben. Das heißt, es ist ein Antrag auch im Sinne des Klimaschutzes und gleichzeitig aber auch im Sinne unserer Gesundheit, weil wir auch wissen, dass der erhöhte Fleischkonsum auch dazu beiträgt, dass Zivilisationskrankheiten vermehrt auftreten. Ganz abgesehen von den tierschutzrechtlichen Aspekten aus der Massentierhaltung, die uns, denke ich, ohnehin allen sehr bekannt sind. In diesem Sinne, der Antragstext: Die zuständigen Stellen (Stadtschulamt, Sozialamt, Umweltamt und Gesundheitsamt) werden beauftragt, die Einführung eines Veggietags für Graz in ihrem Wirkungsbereich zu prüfen und geeignete Maßnahmen zur Umsetzung vorzuschlagen (*Applaus Grüne*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Bereits in vielen Städten gibt es Initiativen, die im Sinne einer Sensibilisierungskampagne einen Veggietag propagieren. Der Veggietag, wie es ihn z.B. in Städten wie San Francisco, Sao Paulo, Bremen, Wiesbaden, Schweinfurt oder Gent schon gibt, bedeutet, dass Städte und Gemeinden Maßnahmen setzen, um städtische Einrichtungen und Betriebe sowie Gasthäuser und generell Unternehmen dazu zu ermuntern, einmal pro Woche freiwillig auf Fleischgerichte zu verzichten.

Die Idee, die dahinter steckt, ist, dass die Fleischproduktion nicht nur sehr viel Energie benötigt und damit klimaschädlich ist, sondern der übermäßige Fleischkonsum zudem das Krankheitsrisiko erhöht und darüber hinaus die dem Tierschutzgedanken massiv widersprechende Massentierhaltung weiter fördert. Konkret bedeutet das:

- Der Klimawandel wird wesentlich vom CO₂-Ausstoß verursacht. Kühe produzieren bei der Verdauung erhebliche Mengen Methan. Dieses ist 25 Mal so schädlich wie CO₂. Außerdem sind sechzehn Gramm Pflanzeneiweiß nötig, um ein Gramm tierisches Eiweiß zu produzieren.
- In Südamerika werden weiterhin CO₂-absorbierende Regenwälder abgeholzt, um Platz zu schaffen für Viehweiden oder den Anbau von Viehfutter. Beides erzeugt erneut CO₂, erst recht wenn das Fleisch als Hamburger auf unserem Teller landet.
- Um 1 kg Rindfleisch zu erzeugen, werden 15.000 Liter Wasser benötigt. Süßwasser wird ein immer knapperes Gut auf der Erde, insbesondere in den unterentwickelten, armen Ländern, verursacht durch uns.
- Weniger Fleisch zu essen, bedeutet weniger Massentierhaltung in viel zu kleinen Käfigen und Ställen, mehr artgerechte Aufzucht statt Tierquälerei und weniger verbaute Landschaft.
- Weniger Fleisch zu essen, kommt aber nicht nur den Tieren und dem Klima zugute, sondern fördert auch unsere Gesundheit. Zu viel Fleisch zu essen, erhöht das Risiko von Zivilisationskrankheiten, wie z.B. Erkrankungen von Herz und Kreislauf. Zudem konsumieren wir über das Fleisch Unmengen an Hormonen, Antibiotika und andere Medikamente der Tiermast.
- 1 Milliarde Menschen auf der Welt müssen hungern, auch deswegen, weil die Tiere, die in den Industrienationen gegessen werden, Weideland brauchen oder Soja für Futtermittel der Massentierhaltung angebaut wird. Statt Viehfutter sollte aber Getreide für die Menschen angebaut werden.

In der Stadt Gent, die bereits einen Veggietag eingeführt hat, wurde errechnet, dass der freiwillige Fleischverzicht von 240.000 BürgerInnen der Stadt einmal in der Woche eine Ersparnis der CO₂-Emissionen von 18.000 Autos im Jahr bedeutet.

Ähnliches wäre auch in Graz möglich.

Um den Veggietag zu fördern, könnten in Graz folgende Maßnahmen gesetzt werden:

- Kantinen, Restaurants, Kindergärten und Schulen werden motiviert, an einem Tag der Woche auf Fleisch verzichten.

- Restaurants werden ermuntert, mehr vegetarische Gerichte auf die Karte zu setzen, bzw. das vegetarische Menü als 1er-Menü auf der Speisekarte zu heben.
- Die Idee des Veggietags wird auf der Homepage der Stadt (vegetarische Restaurants, div. Einkaufsmöglichkeiten, Veröffentlichen von vegetarischen Rezepten etc., Bewusstseinsbildung) beworben.
- Firmen und Unternehmen werden angesprochen, um den Veggietag auch in ihren Betriebskantinen einzuführen.

Daher stelle ich im Namen des ALG-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen (Stadtschulamt, Sozialamt, Umweltamt, Gesundheitsamt) werden beauftragt, die Einführung eines Veggietags für Graz in ihrem Wirkungsbereich zu prüfen und geeignete Maßnahmen zur Umsetzung vorzuschlagen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Uhren am Jakominiplatz

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Meine Damen und Herren! Wir haben drei Uhren am Jakominiplatz, die den Passanten helfen sollen, sich auf den nächsten Zug

vorzubereiten. Die Situation schaut wochenlang so aus, eine Uhr ist verhüllt, die zweite steht und die dritte zeigt eine falsche Zeit an, also es wäre nicht schlecht,...

Zwischenruf GR. Schröck: In Graz ticken die Uhren anders.

GR. Mag. **Fabisch**: Es wäre nicht schlecht, da mehr Sorgfalt walten zu lassen. Lustigerweise ist dieser Zustand wochenlang angehalten, und in den letzten zwei Tagen hat es schon einige Korrekturen gegeben, trotzdem bleibt dieser Antrag aufrecht, denn ich hoffe, hier wird in Zukunft das öfter kontrolliert.

Motivenbericht nur schriftlich:

Am Jakominiplatz können sich die Fahrgäste an drei Uhren bezüglich ihrer Abfahrtszeiten orientieren. Seit Tagen und Wochen allerdings sind die Uhren entweder verhüllt oder geben konstant falsche Zeiten an. Dieser Umstand kann sicher nicht als Service für die tausenden Fahrgäste, die täglich diesen Platz zum Durchfahren oder Umsteigen passieren, betrachtet werden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz tritt an die betreffenden Stellen heran und fordert sie auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Uhren am Jakominiplatz regelmäßig gewartet werden und den Fahrgästen auch zuverlässige Information bieten können.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für KindergartenpädagogInnen

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Wir brauchen in Graz mehr Plätze, um junge Menschen für KindergartenpädagogInnen auszubilden. Wir haben eine Schule im Westen der Stadt, die bietet zwei Klassen jedes Jahr an, wenn die voll sind, werden viele, Dutzende leider abgewiesen, die gerne auch diesen Beruf ergreifen würden, die dann natürlich noch bis zur Matura hervorragend ausgebildet sind im pädagogischen Bereich, aber dann nicht unbedingt diesen Beruf auch ergreifen werden. Das hat sicher auch mit der miesen Bezahlung zu tun, viele studieren dann weiter sehr gerne im pädagogischen Bereich, gehen aber dadurch natürlich als KindergärtnerInnen unter Umständen verloren. Hier braucht es entweder eine Erweiterung der Kapazitäten an dieser Schule oder vielleicht eine zweite Schule am linken Murufer (*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

In Graz gibt es mit der Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik (BAKIP) für die Ausbildung zur Kindergartenpädagogin/zum Kindergartenpädagogen nur eine Ausbildungsstätte. Die AbsolventInnen der BAKIP sind hervorragend vorgebildet, auch für alle anderen pädagogischen Bereiche.

Doch leider verfügt die Bildungsanstalt nur über begrenzte Kapazitäten. Viele junge Menschen aus der Landeshauptstadt, die den Wunsch haben, sich in diesem Bereich ausbilden zu lassen, können nicht aufgenommen werden.

Aufgrund der Tatsache, dass sehr viele MaturantInnen in pädagogischen/psychologischen Berufsfeldern weiterstudieren, aber auch aufgrund der mehr als mäßigen Bezahlung (die raschest an die anderen pädagogischen Gehälter angeglichen werden muss), besteht weiterhin ein Mangel an voll geprüften KindergartenpädagogInnen, die zur Verfügung stehen.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die Stadt Graz beauftragt die zuständigen Stellen zu prüfen, wie das Angebot an Ausbildungsplätzen für angehende KindergartenpädagogInnen in der Landeshauptstadt möglichst rasch gesteigert werden kann, ob durch eine Erhöhung der Aufnahmekapazitäten der BAKIP im Westen der Stadt oder durch eine zweite Schule am linken Murufer.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Öffnungszeiten Bad zur Sonne

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Dann habe ich noch die Bitte, die Öffnungszeiten im Bad zur Sonne wieder an die Zeiten anzugleichen, die vor wenigen Tagen noch gegolten haben. Es war für viele Berufstätige sehr angenehm, vor Arbeitsbeginn noch die Runden

schwimmen zu können, das fällt jetzt weg. Also meine Bitte wieder Öffnungszeiten ab 6.00 Uhr im Bad zur Sonne. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Zwischen 1999 und 2001 wurde das Bad zur Sonne generalsaniert. Nach seiner Wiedereröffnung erfolgte die Vorverlegung der Öffnungszeiten zusammen mit der Einführung einer Frühkarte, welche sich bald als voller Erfolg für das Bad zur Sonne entpuppen sollte. Die Frühkarte wurde sehr gut angenommen, und viele Berufstätige nutzten verstärkt die Gelegenheit, vor der Arbeit noch zu trainieren.

Mit Anfang März dieses Jahres wurde jedoch die Aufsperrzeit des „Bades zur Sonne“ von 6 auf 7 Uhr verlegt mit der Begründung, es sei nun nicht mehr notwendig, um 6 Uhr aufzusperren, da Badegäste ja nun die Möglichkeit hätten, auf das Eggenberger Bad auszuweichen.

Für die meisten Berufstätigen, die zentral beschäftigt sind und bisher das Angebot des Bades zur Sonne genutzt haben, ist es jedoch unmöglich, vor Arbeitsbeginn ins Eggenberger Bad fahren, weil sie dann nicht mehr rechtzeitig am Arbeitsplatz erscheinen können. Diese gar nicht so kleine Nutzergruppe wird der Holding Graz Freizeit somit verlorengelassen.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat fordert die Holding Graz dazu auf, die mit 1. 3. dieses Jahres geänderten Öffnungszeiten beim Bad zur Sonne wieder rückgängig zu machen und dafür zu Sorge zu tragen, dass auch Berufstätige weiterhin in den frühen Morgenstunden – ab 6.00 Uhr - das Bad benützen können.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe nur trotzdem eine Bitte, weil wir eine solche Antragsflut auch haben, am Beispiel der Uhr vielleicht das Service-Telefon bei den Graz Linien vielleicht auch einmal bemühen, ist einfacher. Ich darf da bitten, dass auch einmal die Klubobleute da noch einmal beraten. Es gibt Dinge, die man auch als Gemeinderat vielleicht unmittelbar klären könnte, nachdem wir ja auch wirklich ortskundig sind und auch alle Damen und Herren, die die Verantwortung tragen, kennen, sonst müssen wir durch stille Post wieder relativ einen großen Apparat bewegen, das wäre auch so meine Bitte.

13) Solidaritätserklärung an die Bevölkerung Japans

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Gerade wegen der vielfältigen touristischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit Japan sind wir mit der Bevölkerung des Landes sehr verbunden.

Der Gemeinderat der Stadt Graz drückt deshalb seine Solidarität und sein tiefstes Mitgefühl mit der Bevölkerung Japans aus, die in den letzten Tagen von drei fürchterlichen Katastrophen: Erdbeben, Tsunami und einem sehr schweren Atomunglück getroffen wurde.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird de geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Bad Eggenberg – Einführung von Damen- und Herrenabenden im Wellnessbereich

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

GR. **Sikora**: Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im ersten Antrag geht es um die Wiedereinführung von Damen- und Herrenabenden im Wellnessbereich des Bades Eggenberg. Das war eine sehr beliebte Einführung im alten Bad Eggenberg, die großen Anklang fand, und die Stammgäste sind angetreten und baten um die Wiedereinführung und darum der Antrag, die Möglichkeit zu prüfen, einen nach Geschlechtern getrennten Damen- beziehungsweise Herrenabend im Wellnesbereich des Bades Eggenberg wieder einzuführen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit einem Monat wird bereits in der neuen Grazer Perle, der „Auster“, geplansch. Das Bad im Grazer Westen, das alle Stückerln spielt, zählt zu den modernsten Schwimm- und Wellness-Einrichtungen Österreichs.

Nun meldeten sich jedoch zahlreiche Stammgäste zu Wort, die sich wieder nach einem nach Geschlechtern getrennten Damen- bzw. Herren-Saunaabend sehnen. Vor allem Damen empfinden es oft als angenehmer, beim Saunieren unter sich zu bleiben.

Im alten Bad Eggenberg fand diese Regelung sehr großen Anklang. Mit ihrer Wiedereinführung käme man den Wünschen der Stammgäste entgegen, die diese

tolle Einrichtung damit auch verstärkt nützen würden. So würde zum Beispiel ein diesbezügliches Angebot, angepasst an die alten Öffnungszeiten am Dienstag und Freitag ab 18 Uhr, auch den Normalbetrieb nicht sonderlich stören.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats wird ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe mit der Graz Holding in Verbindung zu treten, um die Möglichkeit zu prüfen, einen nach Geschlechtern getrennten Damen- bzw. Herrenabend im Wellnesbereich des Bades Eggenberg wieder einzuführen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Weblinger Straße – Errichtung eines Fahrverbotes für Kraftfahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von über 3,5 t

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

GR. **Sikora**: Der zweite Antrag, da geht es um die Sicherheit der Bewohner an der Weblinger Straße und zwar die Errichtung eines Fahrverbotes für Kraftfahrzeuge mit einem Gesamtgewicht von über 3,5 Tonnen. Und zwar der Antrag, ob im Bereich zur Einfahrt in die Weblinger Straße in Richtung Martinhofstraße, die ja sehr beliebt ist und belebt ist, nach der Einfahrt zur Metro-Warenanlieferung ein Fahrverbotsschild

für Kraftfahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von über 3,5 Tonnen, ausgenommen Anrainerverkehr, eingerichtet werden kann (*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

In der sehr schmalen Weblinger Straße in Richtung Martinhofstraße kommt es fast täglich zu Begegnungen mit Kraftfahrzeugen mit einem Gesamtgewicht von über 3,5t. Sehr viele nicht ortskundige Fahrer von besagten Schwerkraftfahrzeugen fahren aufgrund mangelnder Ortskenntnis und falscher Eingabe im Navi System nicht zu ansässigen Firmen am Weblinger Gürtel, sondern in die Weblinger Straße.

Diese verursachen dann sehr gefährliche Situationen, wenn sie ihre großen Brummer an der Kreuzung zur Martinhofstraße zum Wenden bringen, um zurückzufahren. Die Martinhofstraße und die Weblinger Straße sind in diesem Bereich eine für Erholungssuchende und Kinder sehr stark frequentierte und beliebte Straße, führen sie doch durch dicht verbautes Wohngebiet und zum Bezirkssportplatz Straßgang.

Um im geschilderten Bereich die Sicherheit aller Straßenverkehrsteilnehmer zu gewährleisten, stelle ich daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die dafür zuständige Stelle des Magistrats und die Verkehrsreferentin werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, ob im Bereich zur Einfahrt in die Weblinger Straße in Richtung Martinhofstraße nach der Einfahrt zur Metro-Warenanlieferung ein Fahrverbotschild für Kraftfahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von über 3,5t, ausgenommen Anrainerverkehr, eingerichtet werden kann.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Einrichtung einer Volksküche

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Antrag lautet folgendermaßen: Der Gemeinderat möge anlässlich des frei werdenden Kontingents von 350 Essen bei der Zentralküche die Wiedereinrichtung einer Volksküche durch die Stadt Graz mit kostengünstigen Mittagsmenüs für sozial Bedürftige prüfen und umsetzen (*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Das GGZ plant auf Perspektive, das Essen für seine Zielgruppe nicht mehr über die Zentralküche zu beziehen. Dieses Kontingent von 350 Essen ist jedoch für die Zentralküche eine wichtige Einnahmequelle und ermöglicht natürlich auch, das Essen in der vorgegebenen Qualität und zu günstigen Preisen herstellen zu können. Um die derzeitigen Bedingungen beibehalten und vielleicht auch weiter verbessern zu können, ist es erforderlich, neue KundInnen bzw. AbnehmerInnen außerhalb des Schul- und Kinderbetreuungsbereichs zu gewinnen. Diesbezüglich ist der Bedarf an einem kostengünstigen und schmackhaften Mittagsmenü sicher insbesondere bei den Menschen in unserer Stadt gegeben, die an und unter der Armutsgrenze leben. Da der Anteil an sozial Bedürftigen in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen ist, reichen die Kapazitäten derzeit bestehender Einrichtungen - wie z.B. des Marienstüberls - nicht aus.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat möge anlässlich des frei werdenden Kontingents von 350 Essen bei der Zentralküche die Wiedereinrichtung einer Volksküche durch die Stadt Graz mit kostengünstigen Mittagsmenüs für sozial Bedürftige prüfen und umsetzen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) Erhöhung der Verkehrssicherheit Erdbergweg bis Neupauerweg

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Antrag:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Hier geht es um ein Verkehrssicherheitsthema: Erdbergweg bis Neupauerweg im Bezirk Wetzelsdorf. Hier wird von vielen oder von einigen Verkehrsteilnehmern diese Strecke als Rennstrecke verwechselt, gefährdet Schulkinder, hier könnte man prüfen, ob eine Verkehrstafel, verstärkte Geschwindigkeitskontrollen und eine bessere Beleuchtung Abhilfe schaffen. Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden Antrag: Die zuständigen Abteilungen des Magistrates Graz werden ersucht, die Verkehrssicherheit des Straßenzuges Erdbergweg bis Neupauerweg, besonders die Aufstellung einer „Achtung Kinder“ Verkehrstafel zu prüfen und gegebenenfalls eine sofortige Durchführung zu veranlassen (*Applaus FPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Viele Verkehrsteilnehmer legen den Straßenzug Erdbergweg bis Neupauerweg 24 in Wetzelsdorf mit überhöhter Geschwindigkeit zurück. Auto- und Radfahrer verhalten sich teilweise rücksichtslos. Anrainer machen sich Sorgen um Kinder, die dort zu Fuß unterwegs sind, und fordern Maßnahmen von der Stadt Graz, um die von ihnen so bezeichnete „Rennstrecke“ zu entschärfen. Da häufig Kinder über diese Strecke ihren Schulweg zurücklegen, würde die Anbringung einer Verkehrstafel „Achtung Kinder!“ Abhilfe schaffen.

Ebenso wird die Verlängerung des Erdbergwegs ab der Kreuzung Erdbergweg-Neupauerweg zur Einödstraße immer wieder als schnelle Verbindungsstraße – besonders in der Früh und am späten Nachmittag – verwendet. Dasselbe gilt für die Strecke Spielbergweg bis zu den Hochhäusern in der Krottendorfer Straße. Als weitere Maßnahme könnte ein mobiles Geschwindigkeitsmessgerät die Verkehrsteilnehmer sensibilisieren. Ebenso sollte die Straßenbeleuchtung in dem genannten Bereich auf ihre Funktion überprüft werden, da Bezirksbewohner sie als mangelhaft bezeichnen.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Abteilungen des Magistrates Graz werden ersucht, die Verkehrssicherheit des Straßenzuges Erdbergweg bis Neupauerweg, besonders die Aufstellung einer „Achtung Kinder“ Verkehrstafel zu prüfen und gegebenenfalls eine sofortige Durchführung zu veranlassen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nach Rücksprache mit dem BZÖ werden auch die von mir gleich zitierten Anträge gelten als eingebracht, der erste betrifft die Nachtabschaltung der Lichtsignalanlage an der Kreuzung Harterstraße/Grillweg, der zweite ist die Anbindung Hafnerstraße/Guldinweg an das öffentliche Verkehrsnetz, der dritte Antrag betrifft die Errichtung eines Fußgänger-Schutzweges in der Alten Poststraße, der nächste die fehlenden Mülleimer an verschiedenen Bushaltestellen am Jakominiplatz und der letzte betreffend Errichtung des Platzes der Menschenwürde und Platzierung der Statue von Mutter Teresa in der Annenstraße/Vorbeckgasse. Die werden alle geschäftsordnungsmäßig erledigt werden.

18) Gefährliche Nachtabschaltung der Lichtsignalanlage an der Kreuzung Harterstraße/Grillweg

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

An oben genannter Kreuzung wird nächtens die Lichtsignalanlage abgeschaltet und durch gelbes Blinklicht ersetzt. Dies geschieht bei Kreuzungen mit geringem Verkehrsaufkommen und um Energie und Kosten zu sparen. Bei genannter Kreuzung hingegen ereigneten sich schon des Öfteren Unfälle, welche daher rührten, dass an besagter Lichtsignalanlage eine Nachtabschaltung durchgeführt wird. Von geringem Verkehrsaufkommen kann keine Rede sein, was die Unfallstatistik für diesen Bereich deutlich zeigt. Die Bewohner der umliegenden Siedlungen wurden in dieser Sache schon aktiv (Unterschriftenaktion), doch bis jetzt ohne Erfolg. Unbestreitbare Tatsache ist, dass die Kosten für das Betreiben einer ständigen Signalfolge in keinem Verhältnis zu den noch zu erwartenden Unfällen und dem Risiko für die Anrainer stehen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Die zuständige Verkehrsreferentin der Stadt Graz wird aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu setzen, um die Sicherheit der Bewohner im Bereich der Kreuzung Harterstraße/Grillweg zu gewährleisten und die Einstellung der Nachtabschaltung von besagter Lichtsignalanlage zu veranlassen.“

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

19) Anbindung Hafnerstraße/Guldinweg an das öffentliche Verkehrsnetz

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Betroffene Bürger haben sich an uns gewandt und urgiert, dass im Bereich Hafnerstraße/Guldinweg die Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz nur unzureichend beziehungsweise gar nicht besteht. Das betroffene Gebiet ist dicht bewohnt („Kohlachersiedlungen“) und wird in den nächsten zwei Jahren noch weiter ausgebaut. Es ist dies ein beliebtes Wohnviertel für Familien und ältere Menschen. Die nächste Bushaltestelle ist mindestens 1.5 km entfernt, weswegen der Weg zu ebendieser aufgrund teilweise fehlender Beleuchtung für Kinder unzumutbar

und gefährlich ist. Nun wird der Bevölkerung von ihren Bezirkspolitikern seit geraumer Zeit eine Haltestelle in zumutbarer Nähe der Siedlung versprochen, doch bisher ist nichts geschehen. Gerade in Zeiten der überdurchschnittlichen Feinstaubbelastung ist es wünschenswert, den öffentlichen Verkehr zu forcieren und damit den Bürgern dieser Stadt die Möglichkeit zu geben, auf ihr Auto zu verzichten.

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Die zuständige Verkehrsreferentin der Stadt Graz wird aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu setzen, um das oben genannte Gebiet hinreichend und für die Bevölkerung annehmbar an das öffentliche Verkehrsnetz anzubinden.“

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

20) Errichtung eines Fußgänger-Schutzweges in der Alten Poststraße

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Alten Poststraße, von der Peter-Tunner-Gasse her kommend, endet der Gehweg vor dem Eingangsbereich einer Apotheke. Danach wird er noch ein Stück weitergeführt und endet im Bereich der Einmündung in die Göstinger Straße. Da in letzter Zeit der Kfz- und Lkw-Verkehr zugenommen hat und zum Teil auch Tankzüge

der ÖMV diesen Bereich befahren, stellt die Situation eine Gefahr für Fußgänger dar. Aus diesem Grund ist es unumgänglich, im Bereich der Ostseite der Alten Poststraße und der Göstinger Straße einen Schutzweg zu erreichen, um für die Fußgänger, welche in diesem Gebiet sehr zahlreich sind, die notwendige Sicherheit zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Die zuständige Verkehrsreferentin der Stadt Graz wird aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu setzen und in besagtem Bereich der Alten Poststraße die Errichtung eines Schutzweges zu prüfen und gegebenenfalls zu veranlassen.“

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

21) Fehlende Mülleimer an verschiedenen Bushaltestellen am Jakominiplatz

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Besonders ärgerlich ist es, wenn man auf einen Bus oder eine Straßenbahn warten muss, der oder die sich verspätet. Noch viel ärgerlicher ist es aber, wenn bei der

öffentlichen Haltestelle nicht einmal ein Müllkübel steht. Bei der zentralen Großhaltestelle der Buslinien 31, 32 und 39 am Jakominiplatz ist genau dies der Fall. Angesichts der Tatsache, dass besagter Platz schon jetzt nicht gerade zur Verschönerung des Stadtbildes beiträgt, wäre das Installieren zusätzlicher Behältnisse für den Müll von Vorteil.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Die zuständige Verkehrsreferentin der Stadt Graz wird aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu setzen und die besagten Bushaltestellen mit Abfalleimern auszustatten.“

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

22) Errichtung des Platzes der Menschenwürde und Platzierung der Statue von Mutter Teresa in der Annenstraße (Vorbeckgasse)

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der humanitär-kulturelle Verein „Mutter Teresa“ in Graz hat in Kooperation mit der Pfarre Sankt Andrä aus Anlass des 100. Geburtstages von Mutter Teresa (26. August 2010) ein Projekt verwirklicht, das in hohem Maße unterstützenswert ist.

Auf Initiative des Vereins wurde von dem Wiener Künstler Ulrich Mertel eine lebensgroße Bronzestatue gegossen. Die Statue ist 1,63 m hoch und sollte lebensecht im Grazer Stadtbild als Denkmal und als Zeichen der Menschenwürde aufgestellt werden. Nach langer und intensiver Diskussion kamen wir gemeinsam mit Vertretern der katholischen Kirche, der Stadt Graz, des Landes Steiermark zur Ansicht, dass im Zuge der Neugestaltung der Annenstraße der Vorbeckplatz ein ideales Umfeld für die Mutter-Teresa-Statue bildet: Dieser Kreuzungspunkt kann auch als Schnittpunkt der in Graz lebenden Kulturen verstanden werden - Mutter Teresa, die als Christin für alle Not leidenden Menschen eingetreten ist, versinnbildlicht geradezu die Würde der Menschen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Der Platz an der Kreuzung Annenstraße, Ecke Vorbeckgasse/Dominikanergasse soll in Zukunft als „Platz der Menschenwürde“ bezeichnet werden. Des Weiteren soll in die Planung des Platzes die Aufstellung der Statue der Mutter Teresa veranlasst werden.“

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderats um 18.50 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GRin. Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb